



## Nachhaltiges Handeln in der Wirtschaft – Chancen und Perspektiven

*Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung  
Beschluss vom 19. Oktober 2015*

### Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung

- bekräftigt sein Verständnis von nachhaltigem Wirtschaften, nach dem in einem marktwirtschaftlichen Rahmen gleichzeitig wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Zusammenhalt, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Wahrnehmung internationaler Verantwortung verfolgt werden; es gilt, ein langfristig tragfähiges Gleichgewicht anzustreben, in dem diese Ziele bestmöglich erreicht werden und dadurch die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt zu steigern;
- unterstreicht die Bedeutung des nachhaltigen Wirtschaftens für den sozialen Frieden und Zusammenhalt in der Gesellschaft, insbesondere durch Stärkung der Sozial- und Tarifpartnerschaft, eine faire Verteilung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands sowie die Verbesserung der Teilhabe und Entwicklungschancen aller Bevölkerungsschichten;
- betrachtet die Energiewende als ein zentrales Projekt im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, das als Modernisierungsmotor wirkt, und durch den Export von Energietechnologie große Potentiale für die deutsche Wirtschaft birgt;
- betont, dass Deutschland Investitionen in seine Zukunftsfähigkeit, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung, Energieeffizienz, Ressourceneffizienz und Infrastruktur braucht und spricht sich dafür aus, Investitionen konsequent voranzutreiben;
- sieht eine gute Chance für Deutschland, mit seiner Forschungs- und Technologiestärke, gerade in Verbindung mit dem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit, zum internationalen Vorreiter für nachhaltige Produkte, Innovationen und intelligente Lösungen im digitalen Zeitalter zu werden und damit seine Wettbewerbsposition im internationalen Vergleich auszubauen; der Staatssekretärsausschuss spricht sich dafür aus, ein Forum der Stakeholder im Rahmen der Hightech-Strategie zum nachhaltigen Wirtschaften einzurichten;
- begrüßt in diesem Zusammenhang die geplante Exportinitiative Umwelttechnologien sowie den von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Zusammenarbeit mit dem BMWi, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und dem DIHK im Jahre 2015 ausgelobten Next Economy Award für Startups („NEA“), die auf Nachhaltigkeit und Green Economy setzen, mit innovativen Geschäftsmodellen für soziale und ökologische Verbesserungen sorgen, und eine nachhaltigere Wirtschaft mitgestalten wollen;
- ist überzeugt, dass die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt und die Effizienz fortlaufend weiter gesteigert werden muss. Ziel muss dabei sein, die Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen

cen zu reduzieren. Mit der aktuellen Fortschreibung des Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess II), der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft und der beim G7-Gipfel in Elmau am 6. und 7. Juni 2015 beschlossenen und am 2. Oktober offiziell gestarteten G7-Allianz für Ressourceneffizienz sollen dahingehende Bemühungen unterstützt werden, und zwar auch im Hinblick auf Deutschlands internationale Verantwortung in der Ressourcenpolitik und auf seine Abhängigkeit von Rohstoffimporten; die Auftaktveranstaltung diene vor allem dazu, ein gemeinsames Verständnis für Handlungsmöglichkeiten im Bereich Ressourceneffizienz zu entwickeln;

- hält die Bewältigung des demografischen Wandels und in diesem Zusammenhang auch die Fachkräftesicherung für eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und sieht Zuwanderung als Teil eines nachhaltigen Lösungsansatzes zur Sicherung der Fachkräftebasis;
- sieht in dem Beschluss des Bundeskabinetts zum Vergaberechtsmodernisierungsgesetz vom 8. Juli 2015 eine weitere Stärkung der Möglichkeiten zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Im Rahmen des Projekts „Qualitätscheck Nachhaltigkeitsstandards“ (Federführung des BMZ) wird derzeit ein Portal mit dem Titel „Kompass Nachhaltigkeit“ entwickelt, in dem sich öffentliche Beschaffer zukünftig über Umwelt- und Sozialstandards und entsprechende Siegel informieren können;
- hält die stärkere Einbeziehung der Nachfrageseite in das nachhaltige Wirtschaften für sinnvoll und verweist insoweit auf seine Beschlüsse vom 1. Juni dieses Jahres;
- würdigt das Engagement von Unternehmen im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR) und gute Beispiele von Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die Bundesregierung unterstützt die Wirtschaft bei ihren CSR-Aktivitäten unter anderem durch die Internetplattform „CSR in Deutschland“, die Verleihung des CSR-Preises oder regionale Praxistage, die auf den Ergebnissen des Programms „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) aufbauen;
- kündigt an, die Bundesregierung werde für die Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex werben, dessen 20 Kriterien, abgeleitet aus internationalen Standards, sowohl Orientierung nach innen als auch Transparenz und Vergleichbarkeit nach außen für Kunden sowie für Investoren bieten;
- betont die in der Abschlusserklärung des G7-Gipfels anerkannte besondere Rolle der G7-Staaten für die Förderung von Arbeitnehmerrechten, guten Arbeitsbedingungen und des Umweltschutzes in globalen Lieferketten; unterstützt die Umsetzung der von den G7 beschlossenen Maßnahmen durch das BMZ und das BMAS, in enger Abstimmung mit den beteiligten Ressorts für die bessere Anwendung international anerkannter Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in globalen Lieferketten gemäß dem G7-Abschlussdokument;
- kündigt an, im Rahmen der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit allen gesellschaftlichen Gruppen die Erfordernisse nachhaltigen Handelns in der Wirtschaft sowie Chancen, Herausforderungen und Perspektiven zu diskutieren, insbesondere vor dem Hintergrund der Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) und der im Laufe dieses Jahrhunderts angestrebten Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, mit der die Freisetzung von klimaschädlichem Kohlendioxid umfassend verringert werden soll. Im Sinne einer vertieften Dialogkultur zwischen allen Beteiligten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden dabei auch die Ergebnisse der vom BMWi durchgeführten Branchendialoge und bereits existierende Brancheninitiativen wie Chemie3 berücksichtigt.